

## Dänemark

WOLFGANG SCHUMANN

Das entscheidende Ereignis für die Beurteilung dänischer EG-Politik im Jahre 1985 liegt außerhalb des eigentlichen Berichtszeitraums, im Februar 1986. Die Rede ist vom Referendum über die Europäische Akte, das den Höhepunkt und – zumindest vorläufigen – Endpunkt einer intensiv geführten, hitzigen und z. T. außerordentlich polemischen Diskussion über die weitere Haltung des Landes zur Gemeinschaft bildete und im Mittelpunkt dieses Beitrages stehen muß.

Die Ausgangssituation für die europapolitischen Auseinandersetzungen des Jahres 1985 war gekennzeichnet dadurch, daß die bürgerliche Vier-Parteien-Koalition zwar in innenpolitischen Fragen, vor allem der Wirtschaftspolitik, über eine Mehrheit verfügte, nicht jedoch bei wichtigen außenpolitischen Themen, wie der Sicherheits- und EG-Politik, wo einer der Koalitionspartner, die Radikalliberalen, abweichende Positionen vertrat<sup>1</sup>. Die Regierung war also darauf angewiesen, für ihre EG-Politik eine breitere Basis zu gewinnen und den Vorstellungen der Radikalliberalen und der oppositionellen Sozialdemokraten, die beide eine ‚pragmatische‘ Haltung zur Gemeinschaft einnehmen<sup>2</sup>, ausreichend Rechnung zu tragen.

### *Der Weg zum Referendum*

Schon vor dem ersten wichtigen Einschnitt, der Parlamentsdebatte vom 23. Mai 1985 zum Bericht des institutionellen Ausschusses und zum bevorstehenden Mailänder Gipfel, war eine sehr intensive EG-Debatte in Gang gekommen. Den Startschuß dazu hatte der Außenminister, gleichzeitig Vorsitzender der Liberalen, gegeben, als er auf einer Veranstaltung seiner Partei Anfang Januar ein realistischeres Verhältnis zum Begriff ‚Europäische Union‘ und ein klares Bekenntnis zur EG-Mitgliedschaft forderte<sup>3</sup>. Dies war Anlaß für die anderen Parteien, ihre Positionen darzulegen. Die größere der beiden im Folkeeting vertretenen Linksparteien, die Sozialistische Volkspartei, forderte dabei nicht nur die Linkssozialisten, sondern auch die Sozialdemokraten und die Radikalliberalen auf, enger zusammenzuarbeiten und mit ihrer Mehrheit im Parlament Unionspläne zu verhindern<sup>4</sup>. Für Aufsehen sorgte aber auch die Einrichtung eines ‚Aktionskomitees für eine Europäische Union‘ durch den früheren Außenminister Ove Guldberg. Vier amtierende Minister – drei Zentrumsdemokraten und ein Liberaler –, die in diesem Komitee mitgearbeitet hatten, mußten auf Druck der (Außenpolitik-)Parlamentsmehrheit ihre Verbindungen dazu abbrechen, da dadurch die dänische EG-Politik unglaubwürdig werde<sup>5</sup>.

Die Debatte im Folketing, die auf Wunsch aller Fraktionen anberaumt worden war, beschäftigte sich vor allem mit dem Ausbau der inhaltlichen Zusammenarbeit in der Gemeinschaft – ESPRIT und EUREKA waren hier häufig genannte Stichworte –, der Frage des Veto-Rechts und den Kompetenzen des Europäischen Parlaments<sup>6</sup>. Sie bestätigte die bekannten Positionen der Parteien, die sich in drei verschiedene Grundeinstellungen unterteilen lassen: eine dezidiert pro-europäische, eine pragmatische, die die Mitgliedschaft nur unter ganz bestimmten Bedingungen (z.B. Beibehaltung des Veto-Rechts) unterstützt, und schließlich eine ablehnende<sup>7</sup>. Bemerkenswert aus bundesdeutscher Sicht, daß von mehreren Rednern Bezug auf das deutsche Veto im Agrarministerrat genommen wurde und zwar keineswegs nur von den EG-Gegnern, sondern auch von Sozialdemokraten und Radikalliberalen<sup>8</sup>. Dies habe – so wurde argumentiert – nicht nur die deutsche Position, das Insistieren auf institutionellen Veränderungen, unglaublich gemacht, sondern auch gezeigt, wie wichtig ein formelles Veto-Recht gerade für ein kleines Land wie Dänemark sei. Bemerkenswert auch, wie sehr sich der Außenminister bemühte, die Teile der bisherigen Diskussion und Diskussionsergebnisse auf EG-Ebene herauszustellen, die auch für die ‚Pragmatiker‘, vor allem die Sozialdemokraten und den eigenen Koalitionspartner, die Radikalliberalen, interessant und akzeptabel waren – wie beispielsweise den Abschnitt über Forschung und Technologie im Dooge-Bericht – und die institutionellen Aspekte herunterzuspielen versuchte<sup>9</sup>. Dieses angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament notwendige Bemühen um einen Minimalkonsens mit den Pragmatikern zeigte sich auch darin, daß zum Schluß ein gemeinsam von Radikalliberalen und Sozialdemokraten eingebrachter Entschließungsantrag mit großer Mehrheit, bestehend aus allen vier Regierungsparteien sowie den Sozialdemokraten und der Christlichen Volkspartei, angenommen wurde<sup>10</sup>. Darin wurde die Entschließung des Folketing vom 28. Mai 1984<sup>11</sup> noch einmal als Grundlage für die dänische EG-Politik festgeklopft und die Regierung aufgefordert, sich in den anstehenden Verhandlungen auf EG-Ebene nicht durch Vorbedingungen binden zu lassen. Der damit abgesteckte Rahmen findet sich auch in den offiziellen Vorschlägen Dänemarks für die Regierungskonferenz wieder<sup>12</sup>.

Einen zweiten wichtigen Einschnitt auf dem Weg zum Referendum markiert die Parlamentsdebatte vom 10./11. Dezember 1985. Bei ihr ging es um eine Bewertung der Ergebnisse des Europäischen Rats in Luxemburg vom 2./3. Dezember, wo eine Einigung über das Reformpaket<sup>13</sup> erzielt worden war und Dänemark mit Blick auf die Mehrheitsverhältnisse im Parlament erklärt hatte, noch nicht Stellung nehmen zu können. Die Diskussionsbeiträge ließen wieder die o.g. Grundeinstellungen erkennen: Die beiden Linksparteien kritisierten, daß das Veto-Recht beschnitten und die Teilnahme an der EPZ auf EG-Mitglieder eingeschränkt werde und außerdem die Kompetenzen des Europäischen Parlaments erweitert würden. Sie forderten deswegen in einem gemeinsam eingebrachten Entschließungsantrag, das Verhandlungsergebnis abzuleh-

nen<sup>14</sup>. Die Sozialdemokraten hielten sich sehr bedeckt, forderten u. a. eine eingehende Prüfung der Folgen, die sich aus dem Übergang zu Mehrheitsentscheidungen im Bereich des Binnenmarktes ergeben könnten, und lehnten die geplante Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments ab<sup>15</sup>. Das galt auch für die Radikalliberalen, die im Gegensatz zu den Sozialdemokraten allerdings auch den Vertrag für die EPZ sowie das geplante Sekretariat als zu weitgehend zurückwiesen<sup>16</sup>. Trotz dieser Unterschiede brachten beide Parteien einen gemeinsamen Entschließungsantrag ein, in dem gefordert wurde, daß die Entschlüsse des Folketing vom 28. Mai 1984 und 23. Mai 1985 die Grundlage für die dänische Stellungnahme zu dem Ergebnis der Regierungskonferenz bilden müßten<sup>17</sup>. Die anderen Parteien der Viererkoalition, die Konservative Volkspartei, die Liberalen und die Zentrumsdemokraten, äußerten sich – wenn auch mit unterschiedlichen Nuancen – positiv zum Reformpaket<sup>18</sup>.

Taktisch gesehen war die Debatte geprägt durch den Versuch der Regierung, das Verhandlungsergebnis in erster Linie als Ausbau der inhaltlichen Zusammenarbeit zu präsentieren. Außerdem wurden die Zusatzerklärungen zur nordischen außenpolitischen Zusammenarbeit sowie zur Offenheit der EPZ für andere europäische Länder hervorgehoben<sup>19</sup>. Dies geschah in der Absicht, Radikalliberale und Sozialdemokraten für eine Zustimmung zu gewinnen. Das gleiche Ziel verfolgten allerdings auch die beiden Linksparteien. Ansatzpunkte dazu hatten sich dadurch ergeben, daß die Sozialdemokraten die Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments abgelehnt hatten. Hier zeichnete sich schon eine gewisse Modifikation der sozialdemokratischen Haltung ab, die für die weitere Entwicklung entscheidend sein sollte.

Die Debatte endete schließlich damit, daß der Entschließungsantrag von Sozialdemokraten und Radikalliberalen einstimmig, bei Stimmenthaltung der beiden Linksparteien, angenommen wurde. D. h., das Parlament ging in die Weihnachtserien, ohne daß eine endgültige Entscheidung gefallen war.

Den dritten Einschnitt und eigentlichen Auslöser für die Volksbefragung bildete das für die Regierung wie für die anderen Parteien gleichermaßen überraschende ‚Nein‘, auf das sich die Fraktion der Sozialdemokraten in der ersten Januarhälfte 1986 festgelegt hatte. Damit war klar, daß die Regierung im Parlament keine Mehrheit für die Annahme dieses Reformpakets bekommen konnte. In der Parlamentsdebatte vom 21. Januar 1986 warben Schlüter und sein Außenminister noch einmal eindringlich für ein ‚Ja‘ und warnten vor den unübersehbaren Konsequenzen eines ‚Nein‘, kündigten aber gleichzeitig an, daß sie die Frage für so schwerwiegend hielten, daß sie sie – wenn im Folketing keine Mehrheit für eine Annahme zu bekommen sein sollte – der Bevölkerung direkt zur Entscheidung vorlegen würden. Trotz dieser Warnungen wurde mit 80 gegen 75 Stimmen ein Antrag der Sozialdemokraten angenommen, der das Reformpaket als in seiner Gesamtheit unbefriedigend ablehnte und die Regierung aufforderte, in neuen Verhandlungen für ein besseres Resultat zu sorgen.

Zwar versuchte der Außenminister, auf einer Blitz-Rundreise in insgesamt sieben europäische Hauptstädte, die Partner – gegen seine eigene Überzeugung – zu neuen Verhandlungen zu bewegen, holte sich aber überall nur unterschiedene Absagen<sup>20</sup>. Vor diesem Hintergrund argumentierte die Regierung auf einer erneuten Parlamentssitzung zu diesem Thema, das Paket sei mehr als zufriedenstellend für Dänemark und komme den sozialdemokratischen Vorstellungen sehr weitgehend entgegen. Außerdem, dies sei bei der Reise des Außenministers deutlich geworden, würde ein ‚Nein‘ nicht bedeuten, daß alles weiter gehe, wie bisher. Ein ‚Nein‘ würde vielmehr Dänemark längerfristig wirtschaftlich und politisch isolieren und wäre von daher ein äußerst gefährlicher und unverantwortlicher Weg. Die Regierung werde deswegen jetzt ein Gesetz für eine konsultative Volksbefragung vorlegen<sup>21</sup>.

Bereits am 1. Februar nahm der Marktausschuß zum Vorschlag der Regierung<sup>22</sup> Stellung, wobei die Linksparteien die Volksbefragung begrüßten und die Sozialdemokraten verfassungsrechtliche Bedenken äußerten – sie hätten Neuwahlen für die sauberere Lösung gehalten –, letztlich aber dennoch zustimmten<sup>23</sup>. Bei der abschließenden Behandlung des Gesetzes im Plenum, am 4. Februar<sup>24</sup>, wurde insbesondere die Frage diskutiert, worum es bei der Volksbefragung gehe. Die Sozialdemokraten vertraten die Auffassung, Gegenstand sei ausschließlich ein ‚Ja‘ bzw. ‚Nein‘ zum Reformpaket. Schlüter dagegen wies für die Regierung darauf hin, daß ein ‚Nein‘ von den anderen Mitgliedstaaten zweifellos als erster Schritt aus der EG gewertet würde, letztlich also die Mitgliedschaft als solche zur Disposition stehe. Darüber hinaus wurden Änderungsvorschläge zur Formulierung der Fragestellung für das Referendum diskutiert. Den Sozialdemokraten beispielsweise war in der ursprünglichen Formulierung – „Soll Dänemark den Vorschlag für eine EG-Reform (EG-Paket) gutheißen?“<sup>25</sup> – der Begriff Reform zu positiv! Man einigte sich schließlich auf folgende Fassung der Frage: „Soll Dänemark dem EG-Paket (Einheitliche Europäische Akte) zustimmen?“<sup>26</sup>

In den wenigen Wochen, die bis zu dem für den 27. Februar 1986 angesetzten Referendum verblieben, versuchten die Parteien, ihre bekannten Positionen in der Öffentlichkeit klarzumachen, wobei z.T. wenig differenziert argumentiert wurde<sup>27</sup>. Die meisten Parteien erklärten ihre Bereitschaft, das Votum der Bevölkerung als bindend zu akzeptieren. Kennzeichnend für die Referendums-kampagne war, daß es nicht nur zu Auseinandersetzungen zwischen, sondern vor allem auch innerhalb einzelner Parteien, hauptsächlich bei Radikalliberalen und Sozialdemokraten, kam; erstere konnten sich nicht einmal auf eine einheitliche offizielle Empfehlung für ein ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ verständigen. Außerdem war eine breite und sehr engagierte Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen, von Wirtschafts- und Landwirtschaftsverbänden bis hin zu den Gewerkschaften, zu beobachten. Bei einer Wahlbeteiligung von knapp 75% stimmten schließlich 56,2% der Bevölkerung mit ‚Ja‘, 43,8% mit ‚Nein‘. Die Mehrheitsverhältnisse im Parlament im Vergleich: 53,6% für ‚Nein‘, 46,4% für ‚Ja‘<sup>28</sup>.

*Die Auseinandersetzungen über die Europäische Akte bei den Sozialdemokraten*

Bezeichnend für die EG-Diskussion in Dänemark ist, daß die Haltung zur Gemeinschaft die normalen parteipolitischen Konstellationen überlagert, daß sich in fast allen Parteien sowohl Befürworter als auch Gegner der EG-Mitgliedschaft des Landes finden<sup>29</sup>. Eine Tatsache, die besonders den Parteien mit einer ‚pragmatischen‘ Einstellung zur EG, wie den Radikalliberalen und Sozialdemokraten, erhebliche Probleme bereitet. Bedenkt man, daß diese Parteien angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Folketing entscheidend über die EG-Politik des Landes mitbestimmen, so ist insbesondere die Diskussion zur Europäischen Akte innerhalb der Sozialdemokraten – mit 57 Sitzen nach wie vor die weitaus stärkste Fraktion im Parlament – interessant. Dies umso mehr, als es deutliche Anzeichen für Veränderungen in wichtigen Positionen gibt, die ja dann letztlich auch als Auslöser für das Referendum gewirkt haben.

Auf dem Parteitag, Anfang September 1985, wurde noch einmal der grundsätzliche Kurs abgesteckt, der in dem Motto „Ja zu Europa – Nein zur Union“ seinen Ausdruck fand<sup>30</sup>. Das gleichnamige Papier enthielt vier Hauptaussagen: Das Nein zur Union und institutionellen Veränderungen ganz allgemein begründete man damit, daß dadurch eine offenere Zusammenarbeit zwischen den Zwölf und mit anderen Staaten behindert würde. Begrüßt wurde dagegen ein Ausbau der konkreten inhaltlichen Zusammenarbeit in Bereichen wie Währungs-, Forschungs-, Technologie- und Umweltpolitik. Die EPZ fand eine positive Bewertung, die allerdings verknüpft wurde mit der Forderung nach einer strikten Trennung von EG und EPZ. Ideal – so die abschließende Schlußfolgerung – sei ein ‚Europa à la carte‘ nach dem Vorbild der Zusammenarbeit bei EUREKA.

Erste Anzeichen für eine ablehnende Haltung zum Reformpaket, das durchaus mit den o.g. Punkten hätte vereinbar sein sollen, wurden auf einer Sondersitzung der Fraktion Ende November sichtbar, die in Abwesenheit des Parteivorsitzenden, Anker Jørgensen, stattfand. Dort überwog die Meinung, die Forderungen an die Regierung sollten so ultimativ sein, daß die Schlüter-Regierung auf der Regierungskonferenz eine entscheidende Niederlage erleiden würde und gezwungen wäre, Neuwahlen auszuschreiben<sup>31</sup>. Eine definitive Festlegung wurde aber wegen der Parlamentsferien bis auf Januar vertagt. Auf einem Treffen zwischen der Führung des Gewerkschaftsdachverbandes, LO, und der sozialdemokratischen Fraktion Anfang Januar hoben die Arbeitnehmervertreter die positiven Elemente des Pakets hervor, und auch Anker Jørgensen drückte die Hoffnung aus, daß die Fraktion sich zu einem ‚Ja‘ entschließen könne. Trotz intensiver Bemühungen gelang es ihm auf einer zwei Tage später stattfindenden Fraktionssitzung aber nicht, sich durchzusetzen. Er hatte offensichtlich die Stimmung in Partei und Fraktion völlig falsch eingeschätzt, die sich vor allem gegen eine Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments wandten und außerdem handfeste Garantien dafür verlangten, daß Dä-



nemark auch weiterhin eine eigenständige Umweltpolitik betreiben könne. Die endgültige Entscheidung für ein ‚Nein‘ fiel dann zur allgemeinen Überraschung schon am 14. Januar; noch vor einer Sitzung der Gewerkschaftsführung, die für den 17. Januar anberaumt war. Die Gewerkschaften fühlten sich deshalb brüskiert, es kam zu erheblichen Spannungen, was sich nicht zuletzt auch darin zeigte, daß der Gewerkschaftsdachverband seinen Mitgliedsgewerkschaften keine Empfehlung für ein ‚Nein‘ bzw. ‚Ja‘ gab.

Wo liegen nun die Gründe für das ‚Nein‘ der Sozialdemokraten? Offiziell werden vor allem zwei genannt: Einmal die Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments; zum zweiten fehlende Sicherheiten dafür, daß trotz des beabsichtigten Aufbaus eines echten Binnenmarkts die z. T. sehr strengen dänischen Regelungen im Bereich der Umwelt- und Arbeitsschutzgesetzgebung beibehalten werden können<sup>32</sup>. Nach Meinung vieler Beobachter sind die tatsächlichen Ursachen aber innenpolitischer Natur. In diesem Zusammenhang wird auf eine generelle Neuorientierung der Partei hingewiesen, die in den letzten Jahren stattgefunden hat, und die sich mit dem Stichwort ‚Dezentralisierung‘, einer vermehrten Orientierung auf Basisbewegungen hin, umschreiben läßt<sup>33</sup>. Diese Umorientierung, die zunächst vor allem in der Sicherheits- und Umweltpolitik ihren Niederschlag gefunden hat, zeigt jetzt offensichtlich auch bei der EG-Politik ihre Auswirkungen. Daß man damit gleichzeitig der bürgerlichen Koalition Schwierigkeiten verschaffte, hat natürlich auch eine Rolle gespielt. Es wird sogar vermutet, daß mit dem Schwenk in der EG-Politik die Aussichten für eine mögliche Linkskoalition nach den nächsten Parlamentswahlen verbessert werden sollten. Wieder andere Quellen stellen persönliche Intrigen, den Kampf um die Nachfolge Anker Jørgensens im Parteivorsitz, heraus oder spekulieren, die Fraktion habe gegenüber dem Gewerkschaftsdachverband ihre Eigenständigkeit demonstrieren wollen, nachdem dieser bei mehreren wichtigen innenpolitischen Entscheidungen gegen die Haltung der Partei Position bezogen habe<sup>34</sup>.

Während die Gründe des ‚Neins‘ nicht eindeutig auszuloten sind, lassen sich seine Folgen recht präzise festmachen. Einmal sind die Gegensätze innerhalb der Partei zur Frage der EG-Mitgliedschaft wieder voll entbrannt. So haben sich während der Referendumskampagne Gruppen in der Partei – wie etwa die ‚Sozialdemokraten für das EG-Paket‘ – gebildet, die sich mit viel Engagement in der Öffentlichkeit für ein ‚Ja‘ einsetzten. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen wurden dabei mit großer Schärfe geführt, wobei die Befürworter eines ‚Ja‘ immer wieder die Argumente der Gewerkschaften ins Feld führten<sup>35</sup>. Dies verweist auf eine zweite Folge des ‚Nein‘, die Tatsache, daß es zu einem Konflikt mit den Gewerkschaften geführt hat, von denen z. T. schwere Vorwürfe gegen Fraktion und Partei erhoben wurden. Von einer Ideologisierung und Radikalisierung war da die Rede und von Uneinigkeit in der Fraktion. Nachdrücklich wurde die Partei aufgefordert, ihre Gedankenspiele mit einer Linksbewegung aufzugeben; ihre Zukunft liege nicht links, bei den Alternativbewegungen, sondern in der Mitte<sup>36</sup>.

*„Ja“ oder „Nein“? – die Diskussion über das Reformpaket in der dänischen Öffentlichkeit*

Daß die Europäische Akte auch in der öffentlichen Debatte eine Rolle spielte, kann nicht überraschen, denn die im Reformpaket vorgesehenen Regelungen – etwa zum Bereich Binnenmarkt – haben natürlich Auswirkungen auf die Wirtschaft, auf Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen etc. Ein Blick auf die Gewerkschaften ist besonders interessant, weil es hier – im Gegensatz zu Industrie- und Landwirtschaftsverbänden, die sich geschlossen für ein „Ja“ aussprachen – unterschiedliche Positionen in verschiedenen Einzelgewerkschaften gab.

In Zahlen ausgedrückt stellte sich die Situation bei den Gewerkschaften wie folgt dar: Von den 56 Einzelgewerkschaften im Dänischen Gewerkschaftsbund LO sprachen sich 17 für ein „Nein“, eine für ein „Ja“ aus; 3 stellten es ihren Mitgliedern frei, mit „Ja“ oder „Nein“ zu stimmen<sup>37</sup>. Die beiden Pole in der innergewerkschaftlichen Diskussion bildeten auf der einen Seite der „Specialarbejderforbundet“, die Gewerkschaft der ungelerten Arbeiter, deren Vorsitzender, Hardy Hansen, sich mit Nachdruck für ein „Nein“ aussprach. Seine wesentlichen Argumente: Einschränkungen der dänischen Arbeitsschutz- und Umweltbestimmungen, unter anderem durch die in der Akte vorgesehenen Mehrheitsabstimmungen; Schritt in Richtung einer Europäischen Union, gegen die Dänemark schon immer gewesen sei und schließlich Bedrohung des dänischen Sozial- und Wohlfahrtsstaats<sup>38</sup>.

Auf der anderen Seite stand die Metallarbeitergewerkschaft – deren quantitative und qualitative Stärke durchaus ihrem deutschen Pendant vergleichbar ist –, die ihren Mitgliedern zwar freigestellt hatte, mit „Ja“ oder „Nein“ zu stimmen, deren Vorsitzender, Georg Poulsen, aber zu den profiliertesten Kritikern des Neins der Sozialdemokraten gehörte. In einem Artikel mit der bezeichnenden Überschrift „Politik und Maschinenstürmerei“ wird denn auch scharf mit dem Kurs der Partei ins Gericht gegangen<sup>39</sup>. Das „Nein“ – so wird dort argumentiert – stelle einen Bruch mit der bisherigen Politik dar, isoliere Dänemark und finde außerdem keine Mehrheit in der Bevölkerung. Das Paket bringe keine Gefahr, wohl aber die politische Gratwanderung, die derzeit stattfindet. Es sei unverantwortlich, die Interessen der Arbeitnehmer für eine kurzfristige Einheit der Linken, von den Sozialdemokraten bis zu den Kommunisten, aufs Spiel zu setzen. „Das war schlechte Politik, und das war schlechte Taktik“ – so das Fazit des Autors.

Vor dem Hintergrund dieser fundamental unterschiedlichen Beurteilung des Pakets durch die Einzelgewerkschaften ist auch die Diskussion im Gewerkschaftsdachverband zu sehen. Dort war von Anfang an die Haltung zum Paket eher positiv gewesen, wobei vor allem auf die wirtschaftlichen und arbeitsplatzmäßigen Implikationen verwiesen wurde. Man erwartete insbesondere beträchtliche Vorteile für die exportorientierte dänische Wirtschaft durch die

Vervollständigung des Binnenmarktes<sup>40</sup>. Dennoch blieb die LO-Spitze zunächst bei einem formellen ‚Nein‘ und zwar in erster Linie mit Rücksicht auf die Sozialdemokraten. Dies verursachte jedoch erheblichen Unmut bei einer Reihe wichtiger Einzelgewerkschaften, die zusammen weit mehr als die Hälfte der Mitglieder des Dachverbands stellten. Diese forderten nachdrücklich, daß Beschäftigung und Produktion nicht für ein politisches Spiel riskiert werden dürften. Die LO-Führung entschloß sich deswegen, die Frage noch einmal auf der Grundlage der Stellungnahmen der Mitgliedsgewerkschaften zu erörtern und einigte sich dann darauf, keine eigene Empfehlung abzugeben – die Arbeitnehmer sollten vielmehr auf der Grundlage des Votums ihrer Einzelgewerkschaften abstimmen.

In der öffentlichen Debatte spielte auch die Haltung Norwegens und Schwedens eine Rolle, vor allem deshalb, weil die Linksparteien und die Radikalliberalen damit argumentierten, die Annahme der Europäischen Akte bringe Probleme für die nordische Zusammenarbeit. Die Position der beiden nordischen Nachbarn dazu stellte sich allerdings ganz anders dar. Dänemark ist in ihren Augen ein wichtiges, unverzichtbares Bindeglied, eine Brücke zur EG, die eine entscheidende Rolle beim Ausbau der Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern und der Gemeinschaft gespielt hat<sup>41</sup>. Mit großer Sorge wurde deswegen die Diskussion in Dänemark von Verbänden, Parteien und den Regierungen in Schweden und Norwegen verfolgt und davor gewarnt, die EG-Mitgliedschaft aufs Spiel zu setzen. Man befürchtete nicht zuletzt auch Konsequenzen für die außenpolitische Orientierung der skandinavischen Länder insgesamt. Versuchen der dänischen Sozialdemokraten, Unterstützung für ihren Kurs bei den norwegischen und vor allem schwedischen Genossen zu erhalten, wurde eine glatte Absage erteilt<sup>42</sup>. Sowohl in Schweden als auch in Norwegen gab es ernsthafte Überlegungen, im Falle eines dänischen ‚Nein‘ das Verhältnis zur EG neu zu überdenken, sich unter Umständen sogar mit dem Gedanken an eine Mitgliedschaft zu befassen<sup>43</sup>.

#### *Folgen des Referendums für die dänische EG-Politik*

Die Folgen des Referendums beschränken sich bei weitem nicht nur auf die dänische EG-Politik. Die Auseinandersetzungen zwischen den Einzelgewerkschaften und im Gewerkschaftsdachverband LO, der Streit zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaften, die innerparteilichen Konflikte, die sich bei den Radikalliberalen sogar noch verschärft und zu einer regelrechten Krise geführt haben – das alles sind Faktoren, die zweifellos auch die innerdänische Entwicklung in den nächsten Monaten und Jahren beeinflussen werden.

Darüber, wie es nun in der dänischen Europapolitik weitergeht, brachte schon die erste Lesung des Ratifikationsgesetzes zur Europäischen Akte im Parlament wichtige Aufschlüsse: Die Parteien – mit Ausnahme der Sozialistischen Volkspartei – bestätigten noch einmal, daß sie das Ergebnis der konsultativen Volksbefragung akzeptieren würden, so daß nun eine Verabschiedung



des Gesetzes gesichert ist. Gleichzeitig zeigte sich, daß die Mehrheit – präziser die ‚Außenpolitik-Mehrheit‘ – im Folketing (Sozialdemokraten, Radikalliberale, Linksozialisten und Sozialistische Volkspartei mit zusammen 93 der 179 Sitze), die sich für ein ‚Nein‘ zum Paket eingesetzt hatte, bei allen Nuancen im einzelnen die gleichen Konsequenzen aus dessen Annahme ziehen will. Wichtig sei es – so argumentierten die Redner dieser Parteien<sup>44</sup> – die schlimmsten Folgen des ‚Ja‘ im Parlament zu verhindern. Angesichts des Übergangs zu Mehrheitsbeschlüssen im Bereich Binnenmarkt müsse ein Warnsystem eingerichtet werden, das es erlaube, ungewollte Entwicklungen – beispielsweise drohende Änderungen der dänischen Umweltschutz- und Arbeitsschutzgesetzgebung – rechtzeitig zu erkennen und zu verhindern. Es solle deswegen ein Unterausschuß des Marktausschusses und parallel dazu ein Ministerausschuß eingesetzt werden und Vorschläge für Änderungen der dänischen EG-Entscheidungsstrukturen und -verfahren ausarbeiten. Auf jeden Fall sei es unbedingt notwendig, zumindest die wichtigeren Richtlinienvorschläge nicht nur in den Ausschüssen, sondern auch im Plenum zu erörtern. Der Außenminister – was sollte er auch anderes tun? – sagte eine konstruktive Zusammenarbeit zu und signalisierte die Bereitschaft, die EG-Entscheidungsstrukturen einer Prüfung hinsichtlich der neuen Situation nach Annahme der Europäischen Akte zu unterziehen.

Der Regierung stehen angesichts dieser Ausgangssituation und den zu erwartenden institutionellen und prozeduralen Veränderungen schwere Zeiten ins Haus; die Umsetzung der Europäischen Akte in die politische Realität wird für sie mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden sein. Das Referendum hat ihr – trotz des aus ihrer Sicht positiven Ergebnisses – ihre Aufgabe schwerer, nicht leichter gemacht.

Verantwortlich dafür – und dies ist auch entscheidend bei der Frage nach längerfristigen Konsequenzen – sind nicht zuletzt die Veränderungen in der EG-Politik der Sozialdemokraten, die zu einer Annäherung an die Linksparteien geführt hat, während sich diese gleichzeitig mehr und mehr mit der EG-Mitgliedschaft abzufinden scheinen<sup>45</sup>. Die Dreiteilung der dänischen Parteien in Pro-Europäer, Pragmatiker und EG-Gegner, bei der die dänische EG-Politik immer als Kompromiß zwischen den beiden erstgenannten Gruppen formuliert worden war, scheint offensichtlich tendenziell einer Zweiteilung zu weichen; einer Zweiteilung in Pro-Europäer und ‚sehr skeptische Pragmatiker‘, wobei die letztgenannte Gruppe über die Mehrheit der Sitze im Parlament verfügt. Inwieweit dadurch innenpolitische Entwicklungen beeinflußt werden, etwa in Richtung auf eine Linkskoalition nach den nächsten Wahlen, oder welche Auswirkungen dies auf die Rolle der Volksbewegung gegen die EG hat – darüber kann nur spekuliert werden. Fest steht jedenfalls, daß eine durch einen pragmatischen Kurs vor allem der Sozialdemokraten geprägte Phase dänischer EG-Politik mit dem Referendum zu Ende gegangen ist. Die weitere Entwicklung, nicht zuletzt auch die Verwirklichung der Europäischen Akte, muß zeigen, was an dessen Stelle tritt.

## Anmerkungen

- 1 Eine ausführliche Darstellung der Haltung aller dänischen Parteien zur EG findet sich in: Wolfgang Schumann, Dänemark in der Gemeinschaft – Bestimmungsfaktoren und Handlungsspielräume dänischer EG-Politik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1985, S. 82–134.
- 2 Vgl. ebenda.
- 3 Vgl. Information, 14. 1. 1985.
- 4 Vgl. Jyllands-Posten, 14. 2. 1985.
- 5 Vgl. Jyllands-Posten, 14. 3. 1985.
- 6 23/5 85: Forespørgsel vedr. EFs fremtidige udvikling. Fortryk af Folketingets forhandlinger (652), S. 10414–10482.
- 7 Vgl. Wolfgang Schumann, Dänemark, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1984, S. 340–348.
- 8 23/5 85: Forespørgsel vedr. EFs fremtidige udvikling, a.a.O. (Anm. 6), S. 10424, 10436 und 10440/441.
- 9 Ebenda, S. 10416–10420.
- 10 Ebenda, S. 10482.
- 11 Zum Inhalt dieser Entschliebung vgl. Schumann, Dänemark, a.a.O. (Anm. 7).
- 12 Skrivelse af 16. oktober 1985 fra Jakob Esper Larsen, fast repræsentant ved Danmarks faste Repraesentation ved De europæiske Fællesskaber til Niels Ersbøll, generalsekretær for Rådet for De europæiske Fællesskaber.
- 13 Die Einheitliche Europäische Akte ist abgedruckt als Dokument Nr. 7 in diesem Band.
- 14 Zu der Debatte vom 10./11. Dezember 1985 stand dem Verfasser nur ein vorläufiges Protokoll zur Verfügung. Die folgenden Angaben zu den Seitenzahlen beziehen sich jeweils auf dieses Dokument: 10/12 85: Forespørgsel vedr. EF-topmødet. Fortryk af Folketingets forhandlinger 1985/86. Forslag om motiveret dagsorden af Gade (SF) og Albrechtsen (VS), S. 95/2.
- 15 10/12 85: Forespørgsel vedr. EF-topmødet, a.a.O. (Anm. 14), S. 95/3–97/1.
- 16 Ebenda, S. 102/5–105/1.
- 17 Ebenda, Forslag om motiveret dagsorden af Ivar Nørgaard (S) og Niels Helveg Petersen (RV), S. 97/1.
- 18 Ebenda, S. 97/2–98/5; S. 99/1–99/4; S. 107/1–107/5.
- 19 Ebenda, S. 92/2 und 92/4.
- 20 Vgl. dazu Frankfurter Rundschau, 23. 1. 1986 und 24. 1. 1986.
- 21 Udenrigsministerens indlaeg ved: Besvarelse den 28. januar 1986 i Folketinget af . . . forespørgsel stillet af S, KF, V, SF, RV, CD, VS, KrF, FP og FD.
- 22 Vgl. Forslag til Lov om afholdelse af vejledende folkeafstemning om en EF-reform (EF-pakken). Statsmin. j. nr. 2006, Lovforslag. Folketingsåret 1985–86.
- 23 Betaenkning over Forslag til lov om afholdelse af vejledende folkeafstemning om en EF-reform (EF-pakken) afgivet af markedsudvalget den 1. februar 1986.
- 24 4/2 86: 2. beh. af f. t. l. om afholdelse af vejledende folkeafstemning om en EF-reform. Fortryk af folketingets forhandlinger (397), S. 6330–6362.
- 25 Forslag til Lov om afholdelse af vejledende folkeafstemning, a.a.O. (Anm. 22), S. 1.
- 26 Vgl. Lov om afholdelse af vejledende folkeafstemning om Danmarks tiltraedelse af EF-pakken (Europæisk Fælles Akt). Særtryk af Lovtidende A 1986, hæfte 6, nr. 24, 5. februar 1986, S. 1.
- 27 Einen guten Überblick über die Haltung aller Parteien zum Referendum bietet: Folketinget (udg.), Vælgerne og EF-pakken, København, Februar 1986.
- 28 Vgl. Berlingske Tidende, 28. 2. 1986.
- 29 Vgl. Schumann, Dänemark in der Gemeinschaft, a.a.O. (Anm. 1), S. 133.
- 30 Vgl. Birte Weiss (Vorsitzende des EG-Ausschusses der Sozialdemokraten), Ja til Europa – Nej til Union. Materiale til Socialdemokratiets Europa-debat. September 1985.
- 31 Vgl. Weekendavisen, 28. 2. 1986.
- 32 Vgl. den Artikel des europapolitischen Sprechers der Sozialdemokraten, Ivar Nørgaard, in: aktuelt, 15. 1. 1986.
- 33 Vgl. Information, 18. 1. 1986.
- 34 Vgl. Politiken, 12. 1. 1986.
- 35 Vgl. z.B. den Artikel von Preben Bengtsson, Sekretär der „Sozialdemokraten für das EG-Paket“ und gleichzeitig Vorsitzender der Metallarbeitergewerkschaft in: aktuelt, 18. 1. 1986. Siehe außerdem aktuelt, 26. 1. 1986.
- 36 Vgl. Berlingske Tidende, 5. 3. 1986.
- 37 Vgl. EG-Magazin, 2/1986, S. 15.
- 38 Vgl. aktuelt, 24. 2. 1986.
- 39 Vgl. Weekendavisen, 28. 2. 1986.
- 40 Siehe dazu Weekendavisen, 20. 12. 1985 und Politiken, 6. 1. 1986.

- 41 Zum Stand der Beziehungen zwischen der EG und Schweden/Norwegen sowie zur Rolle Dänemarks beim Ausbau der Beziehungen vgl. ausführlich: Tove Lise Schou, Danmark mellem Norden og EF, in: økonomi og politik, København 1982, Nr. 3, S. 44–55 und Roger B. Selbert, Compatible Two Sphere Integration: The Simultaneous Danish Participation in the European Communities and Nordic Cooperation, Kommission der EG 1979.
- 42 Vgl. EG-Magazin 2/1986, S. 15.
- 43 Vgl. Dagbladet, 5. 2. 1986 und Weekendavisen, 7. 2. 1986.
- 44 20/3 86: 1. behandling af f. t. beslutn. vedr. Europæisk Fælles Akt m. m. Fortryk af folketingets forhandlinger (544) S. 8687–8714.
- 45 Vgl. Information, 28. 2. 1986.

### Weiterführende Literatur

- Buksti, Jakob A./Martens, Hans, Interesseorganisationer i EF. Europaorganisationernes rolle og betydning for danske interesseorganisationer i EF-politikken, in: Christian Thune/Nikolaj Petersen (red.), Dansk Udenrigspolitisk Årbog 1983, København 1984, S. 61–93.
- Leigh, Michael, De tøvende europæere: Danmark set fra Bruxelles. Økonomi og Politik, 58. årg., nr. 1, 1984, S. 14–19.
- Maigaard, Jens, Nationalisterne: Om Folkebevægelsen mod EF, dens politik, organisation og økonomi, København 1984.
- Matthiesen, Lars, Dansk økonomi og EF. Økonomi og Politik, 58. årg., nr. 1, 1984.
- Rasch, Birgitte, Den danske regerings fortolkning af EØF-traktatens art. 177: Belyst ved en analyse af dens indlæg ved Domstolen vedrørende denne artikel. Justitia, 7. årg., nr. 5, 1984, tillæg, S. 1–37.
- Schumann, Wolfgang, Dänemark in der Gemeinschaft – Bestimmungsfaktoren und Handlungsspielräume dänischer EG-Politik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1985.
- Skovmand, Sven, Den forkerte danske opfattelse af EF. Økonomi og Politik, 58. årg., nr. 1, 1984, S. 9–13.
- Sørensen, Carsten Lehmann, Danmarks EF-valg i 1979 og 1984, in: J. Elklit/O. Tongsgard (red.), Valg og vælgeradfaerd, Århus 1984, S. 338–352.